

Antrag

der Abgeordneten Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Albert Deß, Peter Bleser, Peter Harry Carstensen (Nordstrand), Gottfried Haschke (Großhennersdorf), Helmut Heiderich, Siegfried Hornung, Helmut Lamp, Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid), Meinolf Michels, Franz Obermeier, Hans-Peter Repnik, Kurt J. Rossmann, Anita Schäfer, Heinz Schemken, Norbert Schindler, Reinhard Freiherr von Schorlemer, Annette Widmann-Mauz und der Fraktion der CDU/CSU

Verbraucherschutz muss Gesundheitsschutz sein – Zukunftsfähige Landwirtschaft ermöglichen – Gegen BSE mit einem vernetzten Bekämpfungsplan vorgehen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Verbraucherschutz muss Gesundheitsschutz und damit ein wirklicher Schutz der Verbraucher sein. Der Verbraucherschutz in Deutschland muss neu organisiert, effizienter und sicherer gemacht werden, um Lebensmittelkrisen in Zukunft bereits im Vorfeld zu verhindern. Verbraucherschutz muss vorsorgend sein, nicht wie bisher weitestgehend reaktiv.

Das Auftreten von BSE in Deutschland hat zu einer starken Verunsicherung der Bürger in Bezug auf die Qualität und Sicherheit von Lebensmitteln geführt. Aber auch die Landwirtschaft steht vor großen Unsicherheiten. Viele Landwirte sind in Not geraten, weil sie sich auf die Sicherheit aller Elemente der Produktionskette verlassen haben. Verbraucher und Landwirte sind die Opfer der BSE-Krise.

Die Bundesregierung ist jetzt in der Pflicht, gemeinsam mit allen Verantwortlichen in Bund, Ländern und der EU umfassende Maßnahmen zu ergreifen, um das Vertrauen der Verbraucher in Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln wieder herzustellen. Einwandfreie Qualität und Sicherheit von Lebensmitteln in Deutschland und Europa müssen Standard sein und garantiert werden können. Die Defizite beim Verbraucherschutz müssen aufgearbeitet und beseitigt werden. Lücken bei der Qualitätskontrolle müssen geschlossen werden. Es muss aber auch die Eigenverantwortung und Entscheidungsfähigkeit der Verbraucher gestärkt werden.

Es muss alles daran gesetzt werden, die Ursachen der BSE-Seuche zu erforschen, die BSE-Krankheit wirksam zu bekämpfen und sie in absehbarer Zeit aus Deutschland zu verbannen. Denn solange es BSE-Fälle in Deutschland gibt, wird es kein umfassendes Verbrauchervertrauen geben können.

Die deutschen Landwirte dürfen nicht allein gelassen werden. In Not geratene Betriebe der Land- und der Ernährungswirtschaft brauchen kurzfristig Hilfe. Die derzeitige Krise darf für die Landwirte, auch nicht für einzelne von ihnen,

das Ende bedeuten. Sie muss als Chance ergriffen werden, der Landwirtschaft insgesamt neue, zukunftsfähige Perspektiven zu geben.

Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung sind vordergründig und bieten daher schlechte Voraussetzungen für die Bewältigung der anstehenden Aufgaben:

Die notwendige Bündelung der Verbraucherschutzinteressen ist nicht umfassend genug vollzogen worden – beispielsweise bleibt die Zuständigkeit für das wichtige Lebensmittel „Wasser“ beim Bundesministerium für Gesundheit und beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Es ist zu befürchten, dass die über den Nahrungsmittelbereich hinausgehenden Verbraucherschutzbelange bei der vorliegenden Strukturierung vernachlässigt und Interessenkonflikte nicht transparent und damit keiner effizienten Lösung zugeführt werden.

Die Zielsetzung einer Ausweitung der ökologischen Landwirtschaft um fünf Prozent in den nächsten zehn Jahren greift zu kurz. Die Weichen sind so zu stellen, dass in allen Betriebsformen – also sowohl in herkömmlich wirtschaftenden Betrieben als auch im ökologischen Landbau – Lebensmittel umweltfreundlich produziert werden, die gesund und qualitativ hochwertig sind.

Die Bundesregierung hat in den vergangenen zwei Jahren den Preisdruck auf die Landwirtschaft massiv erhöht. Die Preissenkungen der Agenda 2000, die Steuererhöhungen auf landwirtschaftlich genutzten Diesel und die Kürzungen in der Agrarsozialpolitik haben – politisch gewollt – den Strukturwandel in der Landwirtschaft beschleunigt, d. h. bäuerliche Familienbetriebe zum Aufgeben gezwungen und die Herausbildung agrarindustrieller Strukturen begünstigt. Ein Kurswechsel hin zu einer Agrarpolitik, die den bäuerlichen Familienbetrieb stärker unterstützt und Leistungen für die Pflege unserer Kulturlandschaft honoriert, ist überfällig.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Schutz der Verbraucher zu verbessern – Verbraucherschutz muss Gesundheitsschutz sein – , d. h.:

- die Verantwortung der Produzenten für gesundheitsverträgliche, erstklassige Lebensmittel zu erhöhen,
- die Qualität und Sicherheit der Produktionsketten für Lebensmittel von der Futterherstellung über die landwirtschaftliche Produktion, die Verarbeitung und Vermarktung durch Erhöhung der Kontrollkapazitäten und höhere Standards zu gewährleisten,
- das Produkthaftungsrecht bei gekennzeichneten Lebensmitteln und Futtermitteln zu verschärfen,
- Verstöße gegen die Bedingungen für eine qualitätsgesicherte Produktion insbesondere von Lebensmitteln stärker zu bestrafen (kein Verdienst im Fall von Gesetzesverstößen),
- die Eigenverantwortung der Verbraucher, ihre Mündigkeit und Entscheidungsfähigkeit zu stärken,
- Verbraucher-Information und -Aufklärung zu intensivieren und zu optimieren,
- das Wissen der Verbraucher über Produkte, Qualitätsbedingungen und faire Preise zu erhöhen,
- eine unabhängige Behörde auf Bundesebene zur Überwachung der Lebens- und Futtermittelherstellung sowie der Lebens- und Futtermittelvermarktung

in Absprache mit den Ländern sowie einen unabhängigen wissenschaftlichen Ausschuss zur Bekämpfung von BSE zu schaffen,

- zu überprüfen, ob für den Bereich der funktionellen Lebensmittel gesetzliche Melde-, Prüf- oder Zulassungsregelungen zum Schutz der Verbraucher vor gesundheitlichen Schädigungen zu treffen sind und sich gegebenenfalls für eine entsprechende Regelung auf europäischer Ebene einzusetzen,
- darüber hinaus für funktionelle Lebensmittel entsprechende gesetzliche Regelungen zu schaffen, die den Hersteller verpflichten, den Verbraucher in verständlicher Weise mittels Kennzeichnung über die Wirkungen dieser Lebensmittel, Risiken und Nebenwirkungen aufzuklären,
- die Erforschung von Risiken und Nutzen funktioneller Lebensmittel öffentlich zu fördern;

2. BSE wirksam zu bekämpfen, d. h. im Einzelnen:

- einen nationalen BSE-Bekämpfungsplan aufzustellen,
- zur Bekämpfung von BSE ein interdisziplinäres wissenschaftliches Beratungsgremium einzurichten,
- umgehend eine internationale BSE-Konferenz einzuberufen, um Forschungsstand und -bedarf genau zu klären,
- die BSE-Forschung in Deutschland zu verstärken,
- die BSE-Tests weiterzuentwickeln mit dem Ziel eines sicheren Tests am lebenden Tier,
- solange noch keine sicheren Tests am lebenden Tier verfügbar sind, BSE-Schnelltests ab dem Alter durchzuführen, ab dem eine wissenschaftliche Aussage möglich ist,
- zu prüfen, ab wann statt der Keulung ganzer Bestände das Schweizer Modell der Kohortenkeulung – ergänzt um zusätzliche Maßnahmen zur Sicherung des Gesundheitsschutzes – eingeführt werden kann,
- die zulässigen Bestandteile der Futtermittel anhand einer Positivliste festzulegen, die offene Deklaration mit Herkunftsbezeichnung der Inhaltsstoffe von Futtermitteln sowie eine drastische Verschärfung der Sanktionen bei Gesetzesverstößen gesetzlich vorzuschreiben, um eine wirksame Kontrolle der Einhaltung geltenden Rechts bei der Herstellung und Verfütterung von Tierfutter zu gewährleisten,
- die Koordinierung der nationalen Forschung zu optimieren, sie in EU-Forschungsprojekte einzugliedern und das internationale Forschungsgeschehen zu integrieren,
- ein EU-weites, zumindest aber ein nationales, BSE- und Scrapie-Überwachungsprogramm auch für Schafe und Ziegen einzuführen,
- darauf hinzuwirken, dass das deutsche umfassende und unbefristete Verbot der Verfütterung von Tiermehlen, Fischmehlen und Tierfetten auf Europa ausgedehnt wird,
- auf EU-einheitliche Regelungen zur Minimierung von Einschleppungsgefahren hinzuwirken,
- die Wiedereinführung der offenen Deklaration von Futtermitteln in der EU durchzusetzen,
- umgehend zu überprüfen, ob die in Deutschland praktizierte differenzierte Rindfleischetikettierung europaweit umgesetzt ist, und falls nicht, die angekündigten notwendigen Maßnahmen umgehend einzuleiten,

- darauf hinzuwirken, dass EU-weit die obligatorische Entnahme von Genomen bei der Kennzeichnung von Rindern sowie deren Speicherung in einer Genom-Datenbank oder gleichwertige Verfahren gesetzlich vorgeschrieben werden,
- darauf hinzuwirken, dass BSE-Bekämpfungsmaßnahmen schon jetzt in den EU-Beitrittsstaaten anlaufen,
- darauf hinzuwirken, dass BSE-Schutzmaßnahmen weltweit ergriffen werden,
- den Import von Tieren oder Fleisch aus Drittstaaten von der Durchführung von BSE-Überwachungs- und Bekämpfungsmaßnahmen abhängig zu machen;

3. den deutschen Bauern in der gegenwärtigen Krise schnell und wirksam zu helfen, d. h.:

- ein klares Finanzierungskonzept für die mit der Bekämpfung der BSE entstehenden Folgekosten, die der Landwirtschaft, den vor- und nachgelagerten Bereichen sowie den Kommunen entstehen, vorzulegen,
- darauf hinzuwirken, dass EU, Bund und Länder sich an den Folgekosten der BSE-Krise jeweils mit einem Drittel beteiligen,
- einen Solidaritätsfonds für durch BSE in eine Existenzkrise geratene landwirtschaftliche Betriebe, Schlachtbetriebe und Metzgerbetriebe einzurichten,
- den Markt kurzfristig durch die Möglichkeiten der Intervention zu entlasten,
- mit einer kurzfristigen Erhöhung der Schlachtprämien und dem Vorziehen der Auszahlung der Tierprämien den Landwirten eine wirksame Einkommenshilfe zu geben,
- die Kosten für BSE-Tests sowie die Entsorgung tiermehlhaltiger Futtermittel einschließlich angemessener Entschädigungen zu übernehmen;

4. ein Kurswechsel in der Agrarpolitik vorzunehmen, d. h.:

- die Agrarpolitik auf europäischer und nationaler Ebene so weiter zu entwickeln, dass sie
 - einer von Bauern getragenen nachhaltigen Landwirtschaft eine Perspektive bietet,
 - den Verbrauchern gesundheitlich einwandfreie und qualitativ hochwertige Nahrungsmittel zur Verfügung stellt,
 - Konflikte zwischen unterschiedlichen Nutzungsansprüchen im ländlichen Raum vermindert (Nahrungsmittelproduktion, Wasserschutz, Naturschutz, Tourismus, Flächenverbrauch für Verkehrsstraßen usw.),
 - standortangepasste Landnutzung sowie die artgerechte und flächenbezogene Tierhaltung absichert und
 - die land- und forstwirtschaftliche Nutzung als wesentliche Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung des ländlichen Raums fördert,
- alle bisherigen markt-, preis-, struktur-, umwelt- und regionalpolitischen Maßnahmen daraufhin zu überprüfen, ob sie diesen Zielen noch gerecht werden,
- auf EU-Ebene für ein eigenständiges Förderkonzept „Ländlicher Raum“ einzutreten,

- durch eine Weiterentwicklung der Fördergrundsätze hin zur Einhaltung der Grundsätze nachhaltiger Bodenbewirtschaftung die Landwirtschaft vom Druck der ständigen Produktionssteigerung zu entlasten,
- darauf hinzuwirken, dass die EU-Agrarpolitik stärker regionalisiert wird, um den Belangen vor Ort besser gerecht zu werden,
- europaweite Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Landwirten eine artgerechte Tierhaltung ermöglichen,
- Vertragsnaturschutz, wie er in Baden-Württemberg und Bayern seit Jahren beispielhaft praktiziert wird, deutlich weiter zu entwickeln,
- den Einsatz von Antibiotika und Leistungsförderern in der Tiernahrung europaweit zu verbieten,
- die gesetzlichen Grundlagen für eine gute fachliche Praxis beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln oder Dünger weiter voranzutreiben,
- die Düngung landwirtschaftlicher Flächen mit Klärschlamm zu verbieten,
- in den WTO-Verhandlungen hohe Gesundheits-, Umwelt-, Tierschutz- und Sozialstandards durchzusetzen und damit ein hohes Niveau des Verbraucherschutzes für die Menschen in der Europäischen Union sicherzustellen.

Berlin, den 6. Februar 2001

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)

Heinrich-Wilhelm Ronsöhr

Albert Deß

Peter Bleser

Peter Harry Carstensen (Nordstrand)

Gottfried Haschke (Großhennersdorf)

Helmut Heiderich

Siegfried Hornung

Helmut Lamp

Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid)

Meinolf Michels

Franz Obermeier

Hans-Peter Repnik

Kurt J. Rossmann

Anita Schäfer

Heinz Schemken

Norbert Schindler

Reinhard Freiherr von Schorlemer

Annette Widmann-Mauz

Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

